
Auswirkungen von Corona auf die Lage der Frauen

Positionspapier der Gleichstellungsbeauftragten der Region Hannover

Frauen tragen die Hauptlast der Corona-Krise und sind anders davon betroffen als Männer, nämlich in vielen Fällen ungleich gravierender. Dieser Befund lässt sich exemplarisch an fünf verschiedenen Themenfeldern verdeutlichen: an den vermeintlich typischen „Frauenberufen“, an der mehrheitlichen Zuständigkeit von Frauen für die Carearbeit, an ihrer Gefahr, von Häuslicher Gewalt betroffen zu sein, an der Versorgungslage bei Schwangerschaft und Geburt sowie an der derzeit noch stärker eingeschränkten politischen Mitwirkung von Frauen.

Frauen erleben deutliche Ungleichheiten und diese verstärken sich auch in der Corona-Krise in Abhängigkeit von ihrer sozialen oder kulturellen Verortung, ihrer Herkunft, ihres Alters oder ihrer Gesundheit. In dieser Zeit, in der ein politisch so entscheidendes Gremium „Leopoldina“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften aus 24 Männern und 2 Frauen besteht, werden ihre Interessen in der Dynamik der Lage und des Tempos der Entscheidungen oft vergessen.

„Frauenberufe“

Frauen sind mehrheitlich diejenigen, die die häufig kaum sichtbare, wenig prestigeträchtige und meist unterbezahlte Erwerbsarbeit leisten, die in der durch Corona verursachten Ausnahmesituation elementar ist und bei der keine Chance auf Home Office besteht: Bspw. als Pflegekräfte, als Kassiererinnen, als Erzieherinnen, aber auch als Reinigungskräfte. So zeigt eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit, dass der Frauenanteil bei den Beschäftigten in den Krankenhäusern bei 76% liegt, im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln bei rund 73% und in Kindertagesstätten sogar bei knapp 93%¹. Gerade bei den Gesundheits- und Sozialberufen bestehen schon seit langer Zeit Forderungen, die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Arbeitnehmer*innenrechte zu stärken und die Ausbildung zu verändern. Auch die fehlende Anerkennung für diese Berufsgruppen wird häufig thematisiert. Bereits vor der Corona-Krise war das „System“, bspw. in der Pflege, auf die Arbeit dieser Frauen angewiesen.

Weil aber viele der als typischen „Frauenberufe“ titulierten Jobs nur wenig zu Produktionssteigerungen beitragen und für ihre Ausübung angeblich vor allem informell oder nicht-formal erworbene Fertigkeiten und Kompetenzen notwendig sind, leistet sich die Gesellschaft auch abseits Corona eine schlechte Bezahlung dieser Berufe.

¹ „In der Krise halten Frauen die Gesellschaft am Laufen“, abrufbar über <https://de.statista.com/infografik/21148/anteil-der-sozialversicherungspflichtig-beschaeftigten-nach-wirtschaftszweigen>



Region Hannover

Dies trägt auch maßgeblich zu den bekannten Gender Pay Gaps und Gender Pension Gaps bei. In den Zeiten von Corona sind diese Arbeitskräfte zudem einer zusätzlichen Belastung durch den erhöhten Bedarf und gestiegenen Anforderungen sowie einem erhöhten Gesundheitsrisiko in ihrer täglichen Arbeit ausgesetzt.

Neben den oben genannten Berufsgruppen sind viele Frauen in unsicheren und schlecht bezahlten Berufen in der Dienstleistungsbranche tätig, wie in der Gastronomie. Durch den durch Corona erzwungenen „Lockdown“ fallen als erstes diese Jobs massenhaft weg. Wenn sie es nicht tun, ermöglichen sie auch mit Kurzarbeitergeld kein existenzsicherndes Einkommen. Die meisten Minijobs und Teilzeitbeschäftigungen entfallen auf Frauen. Von den Regelungen des Kurzarbeitergeldes können Minijobberinnen nicht profitieren, da sie nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Zudem ist fragwürdig, ob vor Corona geplante Sozialleistungen wie die Grundrente, die vor allem Personen in schlecht bezahlten Berufen – also häufig Frauen – zugutekommen sollten, in Anbetracht der kommenden Rezession tatsächlich realisiert werden. Das gilt auch für den als Anerkennung in der Corona-Krise vereinbarten Bonus für Beschäftigte in Pflegeberufen.

Gleichstellungsexpert*innen fordern seit Langem die Aufwertung vor allem der nicht-akademischen Gesundheits- und Sozialberufe durch bessere Bezahlung sowie eine existenzsichernde Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Wie notwendig und dringend diese Reformen sind, zeigt die Corona-Krise nur noch deutlicher. Zu diesen dringend erforderlichen Veränderungen auf Landes- und Bundesebene können die Kommunen auch ihren Teil beitragen und in den Dialog mit ihren Unternehmen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern treten.

Carearbeit

Die häusliche Betreuung und Versorgung von minderjährigen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen sowie jegliche Hausarbeit werden oft nicht der Sphäre der Arbeit und grundsätzlich nie der Erwerbsarbeit zugerechnet. Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung² belegt, dass diese Tätigkeiten auch in der Corona-Krise in überwiegender Mehrheit von Frauen geleistet werden, unter erheblichen und nicht nur finanziellen Einbußen. Der Studie zufolge haben 27 % der befragten Mütter mit Kindern unter 14 Jahren, aber nur 16 % der Väter ihre Arbeitszeit reduziert, um den zusätzlichen Aufgaben nachzukommen. Selbst von Paaren, die vor der Krise die Betreuung fair geteilt hatten, gaben nun nur noch rund 60 Prozent an, das weiterhin zu tun. Bei 30 % übernahmen hingegen die Frauen mehr Sorgearbeit und nur bei 10 % die Männer. Bei Haushalten mit kleinen oder mittleren Einkommen ist dieser Effekt den Forscherinnen zufolge besonders stark ausgeprägt. Dieser Backlash in traditionelle Rollenaufteilungen führt dazu, dass es gerade vor allem die Frauen sind, die zuhause die Kinderbetreuung oder häusliche Pflege übernehmen, sich für Home-schooling und Hausarbeit verantwortlich fühlen und vor der Herausforderung stehen, all dies ohne jede Unterstützung von „außen“ mit ihrer Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Frauen geraten in der aktuellen Situation aufgrund fehlender Unterstützung an ihre Belastungsgrenzen, in existenzielle Nöte und sind aufgrund mangelnder Informatio-

² https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_40_2020.pdf



Region Hannover

nen völlig verunsichert. Es ist zudem davon auszugehen, dass die aller Voraussicht nach noch länger andauernde Ausnahmesituation negative Folgen für die berufliche Zukunft vieler Frauen haben wird.

Am schwersten von dieser Situation sind Alleinerziehende betroffen, die wiederum in überwiegender Mehrheit Frauen sind, und die sogenannten bildungsfernen Milieus und Familien, in denen Deutsch nicht die Muttersprache ist. Die meisten Unterstützungs- und sozialen Kontrollsysteme, zu denen letztendlich auch die Schule zählt, sind durch die derzeitige Situation nur eingeschränkt verfügbar. Bestehende Probleme werden entsprechend durch die Corona-Ausnahmelage verstärkt, oft auf Kosten von Frauen und ihren Kindern.

Home Office erleichtert aufgrund der höheren Flexibilität und durch den Wegfall der Arbeitswege die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es sollte aber nicht vernachlässigt werden, dass es sich dabei ebenso um Erwerbsarbeit handelt. Sie kann auch in der Corona-Krise nicht die Kinderbetreuung ersetzen. Deshalb darf die Möglichkeit, im Home Office zu arbeiten nicht die Inanspruchnahme eines Notbetreuungsplatzes ausschließen. Für die Gewährung der Notbetreuung werden von manchen Trägern zudem umfangreiche Auskünfte und Bescheinigungen gefordert, zum Teil sogar wöchentlich. Vor allem für Frauen und für die Arbeitgeber bedeutet dies wenig Planungssicherheit und bringt Frauen und Familien in die Situation der Bittstellerei.

Abhilfe könnte auch das sogenannte Corona-Elterngeld schaffen, das allerdings, Alleinerziehende ausgenommen, nur ausbezahlt werden dürfte, wenn beide Elternteile gleichermaßen ihre Arbeitszeit reduzieren. Zudem wäre die bestmögliche Unterstützung der Eltern beim Homeschooling der Kinder hilfreich, u.a. durch intensive Begleitung der Kinder seitens der Lehrkräfte und übersichtliche und verständliche Aufgabenpakete.

Häusliche Gewalt

Wie groß die Gefahr für Frauen ist, Opfer von Häuslicher Gewalt zu werden, ist inzwischen hinreichend bekannt. So muss jede dritte Frau mindestens einmal im Leben eine solche Gewalterfahrung durchleben. Dass das häusliche Umfeld damit ein in vielen Fällen gefährlicher Ort für Frauen ist, hat sich auch bei Politik, Polizei und Justiz als Konsens durchgesetzt und zu neuen Maßnahmen geführt. Durch die Corona-Krise ist nun aber die Umsetzung dieser Errungenschaften – bspw. die Wegweisung gewalttätiger Partner oder die Kontrolle durch Hilfesysteme – in Teilen gefährdet. Aufgrund von Überlastung, Ängsten und räumlicher Enge nehmen voraussichtlich auch Gewalttätigkeit, partnerschaftliche und innerfamiliäre Konflikte und damit auch die Häusliche Gewalt zu. Frauenhausplätze waren schon vor Corona nicht ausreichend vorhanden, nun könnten sie durch einen Mangel an Personal sowie die Einhaltung von Abstandsregeln zusätzlich reduziert werden. Zudem fällt auch im hohen Maße die Möglichkeit weg, Beratungsstellen aufzusuchen oder bei Bekannten unterzukommen. Unter Umständen kann unter Anwesenheit und Kontrolle des Täters auch schlechter um Hilfe gerufen oder diese in Anspruch genommen werden. Die potentielle Gefährdungslage für viele Frauen und Kinder hat sich damit durch Corona massiv verschlechtert. Das Ausmaß der Auswirkungen der



Region Hannover

Corona-Maßnahmen auf Partnerschaften und damit auf die Fälle Häuslicher Gewalt zeigt sich möglicherweise erst später. Die Beratungsstellen brauchen also auch langfristig eine sichere Finanzierung.

Die Region Hannover hat gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover bereits reagiert und zusätzliche Frauenhausplätze geschaffen. Die Ausstattung der Frauenhäuser mit Schutzausrüstung sollte ebenfalls bei allen zuständigen Stellen auf der Agenda stehen. Gleichzeitig muss jedoch dafür Sorge getragen werden, dass auch sämtliche Hilfsangebote gegen Gewalt gegen Frauen weiterhin gefördert werden. Damit die Beratungskräfte sowie die Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern weiterhin arbeiten können, müssen sie für die Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen zudem als „systemrelevant“ eingestuft werden. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass in allen weiteren sozialen Maßnahmen in Zeiten von Corona weiterhin auch immer Schutzmaßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen mitgedacht werden müssen.

Versorgungslage bei Schwangerschaft und Geburt

Die Corona-Krise hat gravierende Auswirkungen für Schwangere und Gebärende. Es finden keine Geburtsvorbereitungskurse und Rückbildungskurse statt und auch die Nachsorge durch Hebammen wird aufgrund der Ansteckungsgefahr nur eingeschränkt angeboten.

Zusätzlich haben die Kliniken in der Region Hannover die Begleitung während der Geburt zur Zeit stark eingeschränkt. In allen Geburtskliniken hat die Begleitperson nur noch einen begrenzten Zutritt zum Kreißaal. In der Zeit davor (zum Beispiel bei einer Geburtseinleitung), direkt nach der Geburt und bei einem Kaiserschnitt im OP sind die Frauen auf sich allein gestellt. Auf der Wöchnerinnenstation in der MHH und in den Geburtskliniken von Diakovere sind die Besuchszeiten auf drei Stunden am Tag beschränkt. Im Vinzenzkrankenhaus gilt ein striktes Besuchsverbot.

Der eingeschränkte Zutritt für Begleitpersonen trifft auf den ohnehin bereits bestehenden Personalmangel in der Geburtshilfe, der sich in der Corona-Krise womöglich noch verschärft. Die Anwesenheit einer vertrauten Person ist gerade in dieser Ausnahmesituation eine wichtige Stütze und sollte auch laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGGG) unbedingt aufrecht erhalten bleiben, auch während eines Kaiserschnittes. Fällt die Begleitung weg, werden Frauen über längere Zeiträume während der Geburt allein gelassen, was medizinische und psychische Folgen für sie haben kann.

Mit der Zunahme Häuslicher Gewalt ist zu erwarten, dass auch die Zahl der ungewollten Schwangerschaften steigen wird. Frauen, die sich für einen Abbruch entscheiden, müssen dafür mehrmals das Haus verlassen – für die Pflichtberatung, für gynäkologische Untersuchungen, den eigentlichen Abbruch und für die Nachsorge. Der zeitliche Aufwand ist für Betroffene eine zusätzliche Herausforderung, wenn sie sich aufgrund der geschlossenen Kitas und Schulen zu Hause um ihre Kinder kümmern müssen. Viele Beratungsstellen bieten aus diesen Gründen und aufgrund der Ansteckungsgefahr mittlerweile telefonische Beratungen an.



Region Hannover

Die Corona-Krise führt aber dazu, dass Beratungsstellen, zum Beispiel aufgrund eigener Betreuungspflichtiger Kinder, personell schlechter besetzt sind. Zudem sind die ohnehin schon zu wenigen Arztpraxen, die Abbrüche vornehmen, nicht ausreichend mit Schutzkleidung ausgestattet.

Auch in krisenfreien Zeiten hat diese sensible Lebensphase für Frauen und Familien nicht die angemessene gesellschaftliche Beachtung erfahren. In der Corona-Krise zeigt sich dies nun deutlicher denn je.

Partizipation und Gremien

Die oben geschilderten Auswirkungen der Corona-Krise auf Frauen vor Augen haltend, ist es nachvollziehbar, dass sie, die in politischen Ämtern und Entscheidungsprozessen auch zuvor schon stark unterrepräsentiert waren, sich in der jetzigen Lage noch weniger politisch einbringen können. Das ist umso problematischer, weil ihre Interessen und ihre Sichtweisen in der derzeitigen Dynamik der politischen Entscheidungen damit nicht ausreichend berücksichtigt werden – obwohl sie, wie gezeigt, die Hauptlast der Krise tragen.

Die Zusammensetzung der Leopoldina-Arbeitsgruppe, auf deren Empfehlungen zum Umgang mit Corona sich die Bundesregierung häufig stützt, ist diesbezüglich ein negatives Beispiel: Auf 24 Männer kommen gerade einmal zwei Frauen und das Durchschnittsalter innerhalb der Kommission liegt bei über 60 Jahren. Dabei wäre es durchaus möglich gewesen, zahlreiche profilierte Expertinnen mit einzubinden, wie Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, herausstellt³. Für die Zusammenstellung von Gremien muss daher auch gerade in Coronazeiten gelten, dass diese geschlechterparitätisch besetzt werden, damit auch die Anliegen der Hälfte der Bevölkerung entsprechend vertreten werden können.

Handlungsmöglichkeiten für die Region Hannover aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten

Corona verstärkt die Ungleichheiten und problematischen Bedingungen unter denen viele Frauen zu leben haben. Sie drängt Frauen zudem zunehmend in überkommene Rollenmuster. Die Probleme, die die Corona-Krise für eine Vielzahl an Frauen schafft, sind, wie gezeigt, nicht gänzlich neu, sondern nehmen an Intensität zu und werden außerdem sichtbarer. Auch wenn angesichts Corona vor allem kurzfristige Verbesserungen momentan dringend geboten sind (siehe Forderungen unten), sind diese nicht ausreichend: Um die Gesellschaft geschlechtergerechter zu gestalten, sind immer noch an vielen Stellen Veränderungen notwendig. Deshalb darf gerade die durch Corona bedingte Ausnahmesituation nicht dazu führen, dass sich die Schlussfolgerung durchsetzt, Gleichstellungsfragen spielen gerade eine untergeordnete Rolle. Im Besonderen muss darauf geachtet werden, dass bereits Erreichtes nicht zurückgenommen wird. Eine Rezession darf nicht dazu benutzt werden, dass Gleichstellungsbestrebungen Mittel gestrichen werden. Sollten zukünftig vor allem

³ <https://www.tagesspiegel.de/wissen/kritik-an-leopoldina-empfehlung-das-wohlergehen-der-frauen-wird-nicht-adressiert/25739444.html>



Region Hannover

wirtschaftliche Argumente zählen, sollte diese Tatsache Gehör finden: Von Gleichstellung profitieren alle und gesellschaftliche Folgekosten steigen, wenn Gleichstellung nicht umgesetzt wird.

Angesichts dieser Sachlage muss auch die Region Hannover aktiv werden. Auch vor dem Hintergrund, dass die sozialen Dienste derzeit nur eingeschränkt arbeiten, ist es umso wichtiger, dass sich die kommunale Ebene für eine schnelle und nachdrückliche Verbesserung der Lage der Frauen in Zeiten von Corona einsetzt.

Folgende Forderungen sollten in der Region Hannover umgesetzt werden:

„Frauenberufe“

- Die Auswirkungen der Corona-Krise im Hinblick auf eine erwartbare steigende Arbeitslosigkeit unter Frauen im Blick behalten und geeignete Maßnahmen ergreifen
- verlässliche Arbeitszeitmodelle und Dienstpläne, um Familienaufgaben und Beruf besser miteinander zu verzahnen
- überall da, wo es möglich ist, auch nach der Krise Home Office ermöglichen
- Frauenförderung sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der pandemiebedingt fortschreitenden Digitalisierung mitdenken
- Die Arbeitsbedingungen und das Image systemrelevanter Tätigkeiten aufwerten - unabhängig von Corona

Carearbeit

- die in einigen Kommunen bestehenden guten Beispiele der Kommunikation überall anwenden, um den Eltern die Verordnungen des Landes und ihre konkrete Umsetzung durch die Träger besser zu vermitteln
- bei der Entwicklung von verbindlichen und transparenten Kriterien zur Vergabe der Notbetreuungsplätze auch die Elternbeiräte einbeziehen
- Home Office bei der Vergabe von Notbetreuungsplätzen nicht als gesicherte Betreuungssituation werten
- weiterhin ein warmes Mittagessen in allen Einrichtungen, die aktuell eine Notbetreuung anbieten

Häusliche Gewalt

- Dialog mit den Beratungs- und Hilfseinrichtungen, um zu ermitteln, welche Angebote aktuell nötig sind, damit Frauen und ihre Kinder der Eskalation entweichen können
- die Unterstützung und Bekanntmachung von bundes- und landesweiten Kampagnen wie <http://auchgehoert.de/> vom Landespräventionsrat für eine aufmerksame Nachbarschaft in allen Kommunen der Region Hannover
- weiterhin eine Einbeziehung der Schutzmaßnahmen gegen Gewalt an Frauen in alle sozialen Maßnahmen in der Corona-Krise



Schwangerschaft und Geburt

- Online-Formate der Geburtskliniken für Geburtsvorbereitungskurse und Rückbildungskurse
- Uneingeschränkte Begleitung einer Vertrauensperson vor, während und nach der Geburt, auch bei einem Kaiserschnitt
- es gibt Hinweise, dass Gebärende während der Geburt Atemschutzmasken tragen müssen, auch wenn bei ihnen keine nachgewiesene Corona Infektion besteht. Wenn das der Fall ist, sollte die Region Hannover in ihren Geburtshäusern darauf hinwirken, diese Vorgabe zurück zu nehmen

Politische Partizipation

- paritätische Besetzung der Krisenstäbe
- Hinwirken darauf, dass auch bei personenreduzierten politischen Gremiensitzungen (z.B. durch Pairing) eine Ausgewogenheit der Geschlechter hergestellt ist
- Hinwirken auf die Anerkennung politischer Mandate als „systemrelevant“, um die Kinder-Notbetreuung in Anspruch zu nehmen
- Sitzungszeiten oder Online-Formate an die Herausforderung der fehlenden oder eingeschränkten Kinderbetreuung anpassen
- Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten an allen Maßnahmen und Vorhaben zur Krisenbewältigung und ihre Einbeziehung in Krisenstäbe

Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit und die daraus entstandenen Anregungen bei:

Friederike Kämpfe, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Hannover,

Silke Steffen-Beck, Gleichstellungsbeauftragte der Wedemark,

Annette Wiede, Gleichstellungsbeauftragte im Klinikum Region Hannover,

Olivia Marschner, Gleichstellungsbeauftragte im JobCenter Region Hannover ,

Elke Heinrichs, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt im JobCenter Region Hannover,

Ayten Berse, Leiterin der Koordinierungsstelle Frau und Beruf in der Region Hannover